



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 303-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.1475

Eingereicht am: 24.11.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Gasser (Ostermundigen, GLP) (Sprecher/in)
Freudiger (Langenthal, SVP)
Arn (Muri b. Bern, FDP)
de Meuron (Thun, GRÜNE)
Marti (Scheunen, Die Mitte)
Grosjean (Bern, GLP)
Leuenberger (Uetligen, EVP)
Daphinoff (Bern, Die Mitte)
Amstutz (Parteilos)
Kullmann (Hünibach, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 27.11.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Finanzielle Verhältnisse der Ausgleichskasse des Kantons Bern

Die Ausgleichskasse des Kantons Bern erfüllt zentrale sozialversicherungsrechtliche Aufgaben im Kanton Bern. Sie gehört zu den grössten Ausgleichskassen der Schweiz. Die AKB betreut über 141 000 Beitragspflichtige, 320 000 Arbeitnehmende, 159 500 Rentnerinnen und Rentner sowie rund 50 000 Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen.

Gemäss Berichterstattung des SRF vom 11.11.2025 steht die AKB vor grösseren finanziellen Herausforderungen. Auslöser für die Herausforderungen sind, gemäss SRF-Berichte, die angehäuften Investitionen. Die Kasse muss derzeit viel investieren, es geht dabei primär um IT-Projekte. Diese seien, gemäss Aussagen der Direktorin der AKB, wegen der steigenden Anforderungen seitens der Behörden nötig. In der Berichterstattung wird auf die finanzielle Situation eingegangen und erwähnt, dass sich dringend etwas ändern muss. In vier Jahren sei das Vermögen der Kasse aufgebraucht. Schon 2028 sind die regulatorischen Reserven nicht mehr sichergestellt. Es geht um Einsparungen von acht Millionen Franken. Nun sollen Stellen gestrichen werden. Im Dezember werden die Beschäftigten informiert.

Weiter sind Informationen im Umlauf, wonach die Kasse schon länger weiss, dass die Situation nicht gut ist. So sei der Investitionsstau hausgemacht, weil mehrere Jahre nicht investiert worden sei, und bei der Kasse sei sogar von einem «Investitionsstopp» die Rede, der mehrere Jahre andauerte und 2015 begann.

Es ist zudem die Rede davon, dass die Kasse kein glückliches Händchen bei vergangenen Digitalisierungsprojekten gehabt habe. Projekte seien teilweise angegangen, aber nicht erfolgreich umgesetzt worden. Die Kasse habe bei diesen Projekten unnötig Geld verloren. Darüber wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht transparent informiert.

Der Regierungsrat ist nun gefordert genau hinzuschauen und sollte sein Möglichstes tun, damit die Verwaltungsgebühren zulasten der Arbeitgebenden im Kanton Bern nicht erhöht werden.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Inwiefern wurde der Regierungsrat über die finanzielle Situation bei der Kasse informiert, und wie wird die Situation beurteilt?
2. Wie funktioniert die Berichterstattung des Aufsichtsrats an den Regierungsrat? Und welche Verantwortung trägt die Präsidentin des Aufsichtsrats?
3. Ist es wahr, dass die AKB über Jahre hinweg einen Investitionsstopp umsetzte? Wenn ja, wusste der Regierungsrat darüber Bescheid, und wie steht er zu dieser vergangenen Strategie der AKB?
4. Ist es wahr, dass die AKB Misserfolge bei IT-Projekten verzeichnet, bei der die Kasse viel Geld verlor? Um welche Beträge geht es, und wie ist der Kanton Bern involviert?
5. Inwiefern kann der Regierungsrat bestätigen, dass an die Arbeit der AKB in den letzten Jahren höhere Anforderungen gestellt werden? Gibt es neue Vorgaben? Könnten die rechtlichen Anforderungen zugunsten der Effizienz vereinfacht werden?
6. Wie verhindert der Regierungsrat, dass die Arbeitgebenden künftig durch höhere Verwaltungsgebühren belastet werden?
7. Welchen Handlungsspielraum hat der Kanton Bern, um die Lage der Kasse zu entschärfen?
8. Was sind die Konsequenzen für den Kanton Bern, wenn die AKB den finanziellen Turnaround nicht schafft?

Begründung der Dringlichkeit: Bei der AKB handelt es sich je nach Lesart um die grösste oder zweitgrösste Ausgleichskasse der Schweiz, und sie ist für unseren Kanton von grosser Bedeutung. Schafft sie den finanziellen Turnaround nicht, ist das Vermögen der AKB bereits in vier Jahren aufgebraucht. Es ist rasch zu reagieren, damit nicht zulasten der Arbeitgebenden im Kanton Bern die Verwaltungskostenbeiträge erhöht werden müssen.

Verteiler

– Grosser Rat